

Rede zum Haushaltsentwurf 2018 des Kreises Heinsberg  
am 21. 12. 17 von Maria Sprenger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach der Rede des Landrats bei der Einbringung des Haushalts und den darauffolgenden Erläuterungen von Herrn Kämmerer Schmitz war es schon klar: Diesmal bietet der Haushalt keine besondere Spannung, erst recht keine Angriffsfläche.

Wir haben ihn uns trotzdem nochmal genauer vorgenommen -an dieser Stelle ein besonderes Dankeschön an Sie, Herr Schmitz für die vielen Informationen und die kompetenten Erklärungen- Und siehe da: Es waren sogar aus unserer Sicht ein paar erfreuliche Details drin:

170 000 Euro für die Offene Jugendhilfe, etwa in Gangelt, Wegberg und Wassenberg-damit kann die Umsetzung der Ergebnisse der Studie der katholischen Fachhochschule beginnen, auf die wir schon lange gewartet hatten.

Auch der Ausbau von Kita-Plätzen geht voran:

Dank Kommunalinvestitionsförderungsgesetz können insbesondere im Stadtgebiet von Wegberg und Übach-Palenberg eine ganze Reihe von KiTa-Plätzen für über Dreijährige, aber auch unter Dreijährige geschaffen werden.

Das war dringend notwendig, weil die Tagesmütter die fehlenden Plätze nicht ausgleichen können. Besonders lobenswert finden wir, dass der Kreis für die 5 zusätzlichen Kita-Gruppen in Wegberg die Trägeranteile übernimmt.

Die Liste der Investitionsmaßnahmen für 2018 bis 2020 enthält immerhin gleich vier Radwegeprojekte quasi ab sofort und langfristig so sinnvolle Dinge wie die Photovoltaikanlagen in Rothenbach und Hahnbusch.

Insofern bin ich also recht schnell dabei, auch unsere Zustimmung zum Haushalt zu erklären. Dennoch will ich natürlich die Gelegenheit beim Schopf packen, ein paar Dinge anzusprechen, die uns Grünen besonders wichtig sind. Wäre ja schade, wenn wir grundlos den Beginn der heutigen Sitzung eine Stunde vorverlegt hätten, die gewonnene Zeit sollte auch genutzt werden!

Es ist nämlich leider nicht alles Gold, das wissen ja die meisten von uns. Die Schlagzeilen im letzten Jahr waren voll von Meldungen, die leider darauf hinweisen, dass die grünen Warnungen vor den Folgen des Klimawandels ganz und gar keine ideologischen Hirngespinnste sind. Kollege Reyans sprach es eben an Waldbrände, Überflutungen, extreme Wetterlagen - und das nicht nur in fernen Erdteilen, sondern bis vor unsere Haustür – dazu sterbende Bienen und ganz viele andere bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Nur noch nicht ernstzunehmende Personen bestreiten den Klimawandel – da befinden sich unsere deutschen AfDler und leider auch einige sehr rückständige CDUler wie der Berliner Kreis- in bester Gesellschaft mit einem US-Präsidenten, der es in kürzester Zeit geschafft hat, die internationale Bedeutung der Vereinigten Staaten als vernunftbegabte und verlässliche Weltmacht zu demolieren.

Wir wissen, dass es viele dicke Bretter gibt. Ich weiß allerdings nicht mehr, wie oft ich diesen Begriff in meinen Haushaltsreden schon bemüht habe. Wir Grüne hier im Kreistag haben also unter anderem gelernt, Geduld zu haben.

Aber an einigen Stellen reißt mir schon mal der Geduldsfaden. Etwa wenn ein aktueller Landesminister, der sich auch noch für Innovation zuständig erklärt, allen Ernstes der Braunkohle eine Zukunft verspricht und gegen Windkraft diese hohlen Worthülsen von Verspargelung rausposaunt – in Eintracht übrigens mit der AfD. So geschehen vor nicht mal 3 Wochen bei der Revierkonferenz der Innovationsregion Rheinisches Revier. Und der Ministerpräsident persönlich ist sich nicht zu schade, die Braunkohleverstromung den Belgiern als Lösung anzubieten, um endlich den Schrottreaktor Tihange abzuschalten.

Liebe FDP, lieber Herr Laschet: Die Kohleverbrennung hat auch in Deutschland keine Zukunft mehr, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Erneuerbare und dazu gehört ganz selbstverständlich auch die Windkraft. In NRW haben Sie sie gerade mal eben so gut wie platt gemacht.

Gleichzeitig kippt das Land den Ansatz, den enormen Flächenverbrauch zu stoppen. Ich meine: 5 ha zubetonierte Fläche pro Tag als Ziel waren ja immer noch sehr großzügig bemessen – das sind pro Jahr immerhin 1825 Hektar.

Und dann die Begründung: War nicht wirksam. Aha. Es wurde also trotz Beschränkung mehr Fläche zubetoniert – und deshalb braucht man jetzt gar keine Beschränkung mehr? So einer verqueren Logik kann ich nicht folgen. Ich gehe jedenfalls nicht davon aus, dass wir den Planet B doch noch in Kürze finden werden, auf dem dann die Landwirtschaft unsere Nahrungsmittel produzieren könnte.

Ein letztes Beispiel für die schräge Landespolitik: das Sozialticket ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden!

Ob der Rückzieher aber auf Lernfähigkeit und einen Ansatz von wiederentdeckter Solidarität schließen lässt, wird sich erst noch zeigen. Dass die Landesregierung ihre Politik als Entfesselung bezeichnet, macht mir da wenig Hoffnung

Als versöhnliche Geste in Richtung FDP -immerhin ist ja bald Weihnachten- will ich den eben gescholtenen Minister mal zitieren. Erfolg ist, wenn Glück auf Vorbereitung trifft – hat er bei der IRR-Revierkonferenz gesagt – da ist was Wahres dran.

In diesem Sinne fände ich es nämlich prima, wenn wir auch im Kreis Heinsberg besser vorbereitet wären auf die Herausforderungen, die vor uns liegen. Das bisschen Artenschutz in Form der Blühstreifen ist zwar ganz nett, aber nicht viel mehr als Kosmetik. Wenn wir auch lobend anerkennen, dass die CDU mit diesem

Antrag ein altes grünes Thema aufgegriffen hat und wir sogar als Antragsteller mit ins Boot geholt wurden. Davon gern mehr.

Unserer Ansicht wäre es z. B. ein ganz konkreter und wichtiger Schritt, beim Thema Ökostrom ernst zu machen. Verglichen mit den Millionen Euro, die wir in den letzten Jahrzehnten auch für fragwürdige Dinge ausgegeben haben, sind die 150 000 Euro Mehrkosten, die der Kreis beim Bezug von 100% Ökostrom aufbringen müsste, Peanuts. Auch den Ausbau der klimaneutralen Mobilität – und ich sage extra nicht „Elektromobilität“ – denn dazu gehört viel, viel mehr... den Ausbau könnte man ernster nehmen.

Was Kollege Reyans eben unter dem Stichwort ÖPNV aufzählte, ist für uns nur ein kleiner Anfang und kommt ziemlich spät. Wir stellen gern ein paar alte Anträge mal zur Verfügung, vielleicht gibt es ja doch noch mehr schwarz-grüne Gemeinsamkeiten – gern auch noch buntere.

In diesem Jahr möchte ich natürlich auch Danke sagen. Danke zunächst an die Verwaltung für ihre Unterstützung, denn nicht nur den Kämmerer, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann man ansprechen, wenn man fachliche Unterstützung braucht oder eine Idee hat, für deren Umsetzung man Informationen braucht.

Fast allen von Ihnen, liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, möchte ich Danke sagen für den Rückhalt, den Sie vor einigen Monaten dem Bündnis gegen Rechts gegeben haben.

Damit haben wir klar Farbe bekannt und uns an die Seite derer gestellt, die sich außerhalb der Kommunalpolitik für Demokratie, Toleranz und ein friedliches Miteinander aller einsetzen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe und Herkunft, so wie es unser Grundgesetz vorsieht. Und wie es für die moderne solidarische Gesellschaft selbstverständlich ist, in der ich wie die meisten hier leben möchte.

Einige Sätze zur Diskussion um Linksextremismus und Islamismus muss ich noch loswerden: Wenn man sich hier im Kreis Heinsberg auf das Thema Rechtsextremismus konzentriert, ist das genau richtig, denn von da kommt die reale Gefahr. Alles andere lenkt nur ab und produziert zwar Schlagzeilen, aber hilft in der Sache nicht weiter.

Es hat nichts damit zu tun, auf irgendwelchen Seiten blind zu sein, sondern sich denen entgegen zu stellen, die sich hier im Kreis Heinsberg wirklich gegen das friedliche Miteinander organisieren und versuchen, mit Vorurteilen und Ansichten von vorgestern Hass und Unfrieden zu schüren.

Solidarität fängt genau da an, wo man selbst sich mit den Problemen der anderen nicht identifiziert und sich dennoch mit voller Kraft dafür einsetzt, sie zu lösen. Diesen Satz der Spiegel-Kolumnistin Margarete Stolkowski, den sie als Anspruch an Politikerinnen und Politiker formuliert –also im weitesten Sinne auch an uns - lasse ich hier einfach mal so stehen und wirken und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und ein solidarisches 2018.